

Ein «sprachlicher Bruch»

Der Zürcher Entscheid, Frühfranzösisch zu streichen, entwickelt sich zu einem landesweiten Streit



Das Frühfranzösisch ist schon lange umstritten. In Zürich soll es nun abgeschafft werden.

TIL BÜRGY / KEYSTONE

ZENO GEISSELER

Der Entscheid des Zürcher Kantonsparlaments, den Französisch-Unterricht in der Primarschule abzuschaffen, stösst in der Westschweiz und in Bundesbern auf Kritik. Verschiedene Westschweizer Medien schreiben von einer «guerre des langues», also von einem Krieg der Sprachen.

Die für die Sprachpolitik zuständige Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) hat am Sonntag in einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen etwas magistralere, aber nicht weniger deutliche Worte gewählt. Was Zürich getan habe, sei ein Affront. Die Westschweizer verstünden nicht, warum Zürich diesen Schritt plane. In der Westschweiz gehe die Tendenz in die entgegengesetzte Richtung; dort werde die Zahl der Deutschstunden sogar erhöht. Der Entscheid des Zürcher Kan-

tonsrats sei «eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur», sagte die Bundesrätin.

Mögliche Intervention Berns

Baume-Schneider drohte unverblümt mit einer Intervention des Bundes. «Der Bundesrat vertraut darauf, dass die Kantone die Sprachenfrage selbst regeln können. Aber wir wissen auch, dass der Bund handeln muss, wenn die Kantone das nicht hinbekommen», sagte sie.

Wenn sich abzeichne, dass Kantone aus dem Harmos-Konkordat ausscheiden würden, dann sei sie dafür, dass der Bund handle und den Landessprachen-Unterricht an der Primarschule vorschreibe. Sie werde das Thema noch im September in den Bundesrat bringen. Das Harmos-Konkordat ist eine Vereinbarung der Kantone über die

Vereinheitlichung der obligatorischen Schule; darin ist auch der Sprachunterricht geregelt.

Auf kantonaler Ebene werden ebenfalls kritische Stimmen laut. Der Zürcher Kantonsratspräsident Beat Habegger (FDP) gab am Montag im Parlament bekannt, dass eine Protestnote aus dem Kanton Neuenburg eingegangen sei. Der Neuenburger Grosse Rat hatte am vergangenen Dienstag, also einen Tag nach dem Zürcher Entscheid, eine dringliche überparteiliche Resolution überwiesen, welche die Abschaffung des Frühfranzösisch im Kanton Zürich kritisierte. Dies geht aus dem Neuenburger Ratsprotokoll hervor.

«Konstruktiver Dialog»

Erstunterzeichner des Vorstosses ist der Neuenburger FDP-Präsident Francis Krähenbühl. Er stellt sich damit

gegen seine freisinnigen Parteikollegen in Zürich, welche die Verlegung des Französischunterrichts in die Sekundarschule mitgetragen hatten.

In der Resolution heisst es, dass das Neuenburger Parlament den Zürcher Entscheid «zutiefst bedauert». Die Mitglieder des Parlaments fordern ihre Zürcher Kollegen dazu auf, auf die Abschaffung zurückzukommen. Ausserdem muss die Neuenburger Kantonsregierung mit den Zürcher Behörden in Kontakt treten und einen «konstruktiven Dialog» eröffnen. Weiter wird verlangt, dass die Zürcher innert dreier Monate zur Resolution aus Neuenburg Stellung nehmen.

Verweis auf Mehrsprachigkeit

Die Einreicher der Resolution begründen ihr Anliegen damit, dass die Schweiz ein mehrsprachiges Land sei. Der nationale Zusammenhalt beruhe zu einem grossen Teil auf der gegenseitigen Kenntnis der Landessprachen



Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin



Francis Krähenbühl
Präsident
FDP Neuenburg

und der Fähigkeit der Sprachregionen, miteinander zu kommunizieren. Das frühe Erlernen einer Sprache erleichtere die Mobilität von Schülerinnen und Schülern und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Zürich riskiere eine «fracture linguistique», einen sprachlichen Bruch, zwischen der West- und der Deutschschweiz.

Der Entscheid im Neuenburger Kantonsparlament zur Überweisung der Resolution fiel allerdings nicht einstimmig. Von den 99 Anwesenden stimmten 15 Nein, 11 Abgeordnete enthielten sich. Die ablehnenden Stimmen kamen in erster Linie aus der SVP.

Der Kanton Zürich wird nicht nur aus Neuenburg Post erhalten. Einen Tag nach den Neuenburgern hat das juras-

sische Parlament einen ähnlichen Vorstoss überwiesen, und zwar einstimmig. Eingereicht worden war die entsprechende Resolution auch dort von der FDP. Irène Donzé, die Fraktionschefin der Freisinnigen im jurassischen Parlament, sagte, der Zürcher Entscheid sei ein sprachlicher und ein gesellschaft-

Das frühe Erlernen einer Sprache erleichtere die Mobilität, heisst es in der Neuenburger Resolution.

licher Fehler. Es gehe beim frühen Lernen einer Sprache nicht nur um linguistische Kompetenzen, sondern auch um eine kulturelle Öffnung, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die berufliche Mobilität.

Sie verstehe zwar die Bedenken, etwa die Belastung der Schulkinder oder die Verfügbarkeit von qualifizierten Lehrkräften. Aber dafür gebe es Lösungen. Man müsse die Lehrerausbildung stärken und neue didaktische Ressourcen nutzen. Weiter forderte Donzé kurze Austausch- und Immersionsprogramme. Zudem müsse auch die jurassische Kantonsregierung in Zürich vorstellig werden.

Weitere Vorstösse erwartet

Der jurassische Bildungsdirektor und Regierungspräsident Martial Courtet warnte vor übertriebenen Erwartungen an solche Gespräche zwischen Regierungsrat und Regierungsrat. Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) habe sich im Parlament bereits klar für die Beibehaltung des Frühfranzösisch ausgesprochen. Sie müsse nicht überzeugt werden.

Die Westschweizer Schelte für Zürich dürfte nach diesen ersten zwei Reaktionen aus der Romandie noch nicht vorbei sein. Irène Donzé sagte im jurassischen Parlament, dass in weiteren Westschweizer Kantonen ähnliche Vorstösse eingereicht würden.